

## Wieviel Rückhalt braucht die Jugendhilfe?<sup>1</sup>

Diese Tagung hat einen unmittelbaren Anlass: die Haushaltskürzungen, die der aktuelle Doppelhaushalt von Sachsen in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit vornimmt - speziell in der Jugendarbeit und in der Jugendsozialarbeit, aber auch weit darüber hinaus gehend. Dieser Anlass, so wissen wir aus den Erfahrungen der letzten Jahre, steht in einem breiten gesellschaftspolitischen Kontext, den wir bei der Verständigung über mögliche Gegenstrategien ebenfalls im Blick behalten müssen. In ihrem kürzlich erschienenen Schwarzbuch zum aktuellen Stand der Sozialen Arbeit (das mir leider erst in die Hände fiel, als ich diesen Vortrag fast schon fertig hatte) bringt unsere Jenaer Kollegin Mechthild Seithe das zentrale Problem dieser Entwicklung mit dankenswerter Klarheit auf den Punkt:

„Professionelle Soziale Arbeit, wie sie etwa seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts im Rahmen ihrer Professionalisierung und im Kontext der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit möglich war, erscheint mit einem Mal als Luxus, den sich keiner mehr leisten kann. Soziale Arbeit wird damit als etwas angesehen, das man getrost auch „verdünnen“ kann, ohne seine Wirkung zu verringern“ (Seithe 2010, S.114).

Die hier angesprochene Zumutung an die Soziale Arbeit, ihre Angebote einer immer weiter fortschreitenden fachlichen Verdünnung zu unterziehen, sie möglichst nur noch als Billigprodukte auf den Markt zu bringen und sie dort möglichst clever gegen konkurrierende Anbieter zu verteidigen, war in den letzten Jahren wohl in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe das beherrschende Thema - und sie ist auch das Thema der heutigen Tagung. Um Beispiele für diese Entwicklung zu finden, müssen wir nicht lange suchen. Wir finden sie in der auf Sparflamme gesetzten Arbeit der Allgemeinen Sozialen Dienste, die wieder auf die Funktion einer Krisenfeuerwehr zurückgestutzt wird und nur noch das Schlimmste verhindern soll (vgl. ZEIT-Reportage von A. und M.Blasberg; Vortrag in Mittweida); wir finden sie in der fachlichen Verarmung einer mit Fällen überhäuftten sozialpädagogischen Familienhilfe; in der Schulsozialarbeit, die hinter den heutigen Notwendigkeiten von Bildung und Betreuung noch

---

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Autor am 4.10.2010 an der Hochschule Mittweida/Roßwein unter dem Titel: Professionelle Jugendhilfe und gesellschaftlicher Rückhalt gehalten hat. Thema der von der Friedrich Ebert – Stiftung geförderten Tagung: Strategien für eine offensive Jugendhilfe. Kein Rückzug von der Straße!

immer weit hinterher hinkt; in der Praxis einer Straffälligenhilfe, die mehr und mehr wieder ins Souterrain der Justiz zurückgedrängt werden soll, das sie während der achtziger Jahre einmal mit neuen pädagogischen Ideen und kreativen strukturellen Ansätzen verlassen hat. Wir finden sie einer Jugendarbeit, die gegenüber der Förderung des Kita-Bereichs ins Hintertreffen gerät, oder in einer Jugendberufshilfe, die sich allzu oft mit der Rolle des Verwalters biographischer Warteschleifen zufrieden geben muss. Nicht zuletzt: Wir finden sie in der Rückkehr des Almosens in die Gesellschaft der Postmoderne, etwa in Gestalt der Tafeln, wie sie überall in Deutschland aus dem Boden sprießen - d.h. in der Ersetzung von Rechtsansprüchen durch mehr oder weniger „mildtätige“ Gaben, die Armut als gesellschaftliches Problem nicht mehr in Frage stellen, sondern nur noch situativ lindern sollen. Zur Erinnerung: 1995 waren die Tafeln noch an den Fingern einer Hand abzuzählen; heute sind es bereits mehr 1000, mit steigender Tendenz, und mehr als eine Million Menschen sind in Deutschland mittlerweile bereits von ihnen abhängig.

Im Blick auf diese Entwicklungen bzw. Fehlentwicklungen fällt der Ausgangsbefund zur Frage des Rückhalts ernüchternd aus, weil er uns eine Soziale Arbeit zeigt, die sich in vielfacher Hinsicht in der Defensive und nicht in der Offensive befindet. Was wir bislang vornehmlich auf der gesellschaftlichen Makro-Ebene wahrgenommen haben, nämlich die Tendenz zur fortschreitenden Polarisierung der Gesellschaft in Lebenswelten von Armut und Reichtum, Inklusion und Exklusion, schlägt mehr und mehr auf die Praxis der einzelnen Handlungsfelder durch. Der Druck zur Spaltung in Segmente unterschiedlicher „Wertigkeit“ erfasst auch ihren Alltag, setzt sich in ihren Strukturen fest und lässt ihr mühsam erworbenes Selbstverständnis von politischer Einmischung und Gestaltung des Sozialen ins Leere laufen.

Vor ziemlich genau zwei Jahren haben wir uns auf dem Kongress Soziale Arbeit und Region in Mittweida schon einmal in einem größeren Rahmen mit den Folgen der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung für die Soziale Arbeit beschäftigt. Ich selbst habe damals, ausgehend von einem Beitrag des Erfurter Sozialpädagogen Ronald Lutz, auf die wachsende Gefahr einer „Zweiklassen-Sozialarbeit“ hingewiesen: Aktivierung und Training für die Integrationsfähigen; Verwaltung, Verwahrung und Kontrolle für die anderen, im Sinne einer Pädagogik des Rests (v. Wolffersdorff 2009, S.42ff; Lutz 2008). In einem weiteren Beitrag arbeitete Lothar Böhnisch die Folgen Globalisierung für die Soziale Arbeit heraus. Eine Passage seines Beitrags, in der es um die schwindende gesellschaftliche Anerkennung der Sozialen Arbeit geht, möchte ich hier noch einmal in Erinnerung rufen:

„Die soziale Welt ist eine andere geworden... Nun, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wird das Soziale in einer Radikalität neu gestaltet, die man sich vor 20 Jahren nicht hätte vorstellen können. Aber nicht die Soziale Arbeit ist der Gestalter. Vielmehr sind Kräfte am Werk, die sich dem Sozialstaat und seiner Sozialarbeit nicht nur entziehen, sondern auch massiv auf ihre Struktur und Entwicklungsmöglichkeiten zurückwirken. Die Klienten der Sozialarbeit, die unter ihrer Hilfe und Anwartschaft sozial gewinnen sollten, gelten nun als Verlierer dieser neuen Entwicklung...Die Sozialarbeit ist seitdem von einem Stigma heimgesucht, das auf die Formel gebracht werden kann: Alle die, die als sozial Benachteiligte in ihrer Lebensexistenz vom Sozialstaat abhängig sind, werden zu den Verlierern des Globalisierungsprozesses gezählt“ (Böhnisch 2009, S.32).

Im Laufe meines Vortrags werde ich auf Fragen, die speziell die sächsische Kinder- und Jugendhilfe betreffen, selbstverständlich noch ausführlicher zurückkommen. Ich werde mich dabei sowohl auf einige aktuelle Stellungnahmen zu den Sparbeschlüssen (z.B. die Naunhofer Erklärung des Sächsischen Jugendrings), weiterhin auf Befunde des dritten Sächsischen Kinder- und Jugendberichts sowie auf zwei Untersuchungen beziehen, die wir in Leipzig gemacht haben. Vor allem möchte ich dabei der Frage nachgehen, welche Art von gesellschaftlichem Rückhalt in den einzelnen Arbeitsfeldern heute jeweils erforderlich wäre – und was auf dem Spiel steht, wenn dieser immer weiter schwindet. Dass ich mich bei der Beschäftigung mit diesen Themenfeldern mehr als einmal in die Zeit zurück versetzt fühlte, in der wir den zweiten Sächsischen Kinder- und Jugendbericht erarbeitet haben, und dass ich bei der Benennung aktueller Defizite so manches *déjà vu* mit den Kritikpunkten von damals erlebt habe, werden Sie verstehen.

### **1. Was heißt gesellschaftlicher Rückhalt?**

Zunächst aber möchte ich in groben Umrissen auf den Begriff eingehen, der mir als Thema für mein Referat vorgegeben wurde - „Gesellschaftlicher Rückhalt“. Was ist das eigentlich? Auf jeden Fall keine ganz leichte Sache; vielmehr ein Thema mit Haken und Ösen, das ganz unterschiedliche Fragen provoziert. So wäre zunächst in einer historischen Perspektive zu fragen: Wann *hatte* bzw. wann *hat* Jugendhilfe eigentlich „gesellschaftlichen Rückhalt“? Hatte sie während der Reformdiskussionen Ende des letzten Jahrhunderts mehr gesellschaftlichen Rückhalt als heute? Wie drückt Rückhalt sich aus? Klar ist, dass Fragen der Finanzierung dabei eine zentrale Rolle spielen. Sobald wir aber weiter fragen: Rückhalt für welche *Art* von Sozialer Arbeit, bewegen wir uns auf ausgesprochen abschüssigem Gelände. Zum Beispiel ist es noch nicht lange her, dass Peter Wensierski mit seinem Buch über „Schläge im Namen des Herrn“ die schmerzhafteste Wiedererinnerung einer lange verdrängten gesellschaftlichen Realität von Jugendhilfe einleitete. Sicher, die bizarre Welt der Repression, der offenen und latenten Gewalt, der sexuellen Misshandlung und Menschenverachtung, die der Autor darin be-

schreibt, erscheint aus heutiger Sicht (Figuren wie Bischof Mixa zum Trotz) überwunden. Und doch konfrontiert uns sein Bericht über die westdeutsche Fürsorgeerziehung der fünfziger und sechziger Jahre mit einer Erkenntnis, die in der verständlichen Hektik der Debatte oft ausgeblendet wurde: Es war genau diese Form von Erziehung, die über viele Jahrzehnte hinweg gesellschaftlichen *Rückhalt* besaß und die öffentliche Wahrnehmung der Jugendhilfe bzw. der Fürsorge nachhaltig prägte – zum Teil bis in die heutige Zeit. Wie wir heute wissen, war dieser Rückhalt auf breitester Ebene institutionell abgesichert – bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, in Landesjugendämtern und politischen Parteien, ja sogar in den Familien selbst, denen die „Zöglinge“ entstammten. Auch die Geschichte der Jugendwerkhöfe in der DDR (vor allem des Werkhofs Torgau) ist nicht zuletzt eine Geschichte des *Rückhalts*, den die dort praktizierte Erziehung des „Biegens und Brechens“ sowohl in der Politik als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung genoss.

Doch auch heute, da die alte Fürsorgeerziehung längst von der professionellen, gesetzlich verankerten Jugendhilfe des Kinder- und Jugendhilfegesetzes abgelöst wurde, bleiben die Assoziationen zu der Frage, auf wieviel gesellschaftlichen Rückhalt sie tatsächlich zählen kann, verwirrend. Was zum Beispiel bedeuten die alle paar Jahre ausbrechenden Debatten über Strafverschärfungen, geschlossene Unterbringung oder Erziehungscamps, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Unterstützung für die Prinzipien moderner Jugendhilfe betrachtet? Wie leicht der Konsens über diese Prinzipien ins Schwanken zu bringen ist, haben wir zuletzt am Beginn des Jahres 2008 erlebt. Quasi über Nacht wurden wir im Anschluss an den Überfall auf einen Rentner in der Münchner U-Bahn Zeugen einer landesweiten Verachtung für die sogenannte Kuschelpädagogik, von der plötzlich alle redeten, nur um sich möglichst medienwirksam von ihr distanzieren zu können. Wir erinnern uns: Begleitet wurde dies von ebenso plötzlich aufkommenden Forderungen nach einer flächendeckenden Einführung sogenannter Erziehungscamps und Eberhard Buebs Pamphlet zum „Lob der Disziplin“. Und bezeichnenderweise waren es vor allem seine pädagogischen Thesen über „bedingungslose Gefolgschaft in der Erziehung“ oder „Unschuld im Verhältnis zur Macht“ (Bueb 2006, S.61), die in der damaligen Debatte ein breites Medienecho fanden. „Kuschelpädagogik“ als Metapher für eine Auffassung von professioneller Jugendhilfe, wie sie nach dem Willen ihrer Kritiker (zu denen damals auch zahlreiche BundespolitikerInnen gehörten – immerhin stand ein Wahlkampf bevor) eben keinen gesellschaftlichen Rückhalt mehr erfahren sollte. Ähnliche Diskussionen haben wir erst vor kurzem wieder im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Buchs der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig erlebt (Heisig 2010).

Welche Art von Jugendhilfe, so ist von hier aus weiter zu fragen, wird sich durchsetzen, wenn es mit der Ökonomisierung bzw. „Vermarktlichung“ ihrer Praxis so weitergeht wie in den letzten Jahren, oder wenn sich die in der Bevölkerung latent vorhandenen Auffassungen über Erziehung als Disziplinierung und Strafe als Ausgrenzung den öffentlichen Diskurs noch stärker bestimmen als bisher? Der rechtspopulistische Aufbruch, der sich in den letzten Wochen in der breiten Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Thesen Thilo Sarrazins oder den Diskussionen über eine neue Parteigründung „rechts von der Union“ artikuliert, lässt in dieser Hinsicht nicht Gutes erwarten.

Dies führt mich zu einem Punkt, der mich seit einiger Zeit immer stärker beschäftigt und der mir für eine Präzisierung unserer Forderung nach mehr gesellschaftlichem Rückhalt für die Soziale Arbeit besonders wichtig erscheint: Wenn über den Zustand und die Perspektiven der Sozialen Arbeit diskutiert wurde, geschah dies bislang stets unter Bezugnahme auf einen Begriffskanon, der im wesentlichen von den Konzepten einer lebensweltorientierten Kinder- und Jugendhilfe geprägt ist – aus guten Gründen. Ich muss das in diesem Kreis nicht ausführlich entwickeln, weil die Grundlagen des dahinter stehenden Professionsverständnisses uns allen geläufig sind: Partizipation, empowerment, Prävention, Sozialraum und weitere Konzepte, die die professionelle Identität der Sozialen Arbeit in den letzten Jahrzehnten maßgeblich definiert haben.

Alle diese Konzepte haben ihre Wurzeln bekanntlich in einer vom Subjekt ausgehenden, zugleich gesellschaftskritischen Praxis, in deren Mittelpunkt eine differenzierte Theorie des „Fallverstehens“ steht: Was in der professionellen Arbeit „der Fall“ ist, kann nicht einfach durch Klassifikation und Diagnose von außen *festgestellt* werden, sondern ist gemeinsam mit dem Klienten zunächst einmal herauszufinden, zu rekonstruieren, und dann sorgfältig in Handlungsschritte umzusetzen. Ein zwangsläufig zeitintensives Verfahren, von dem es jedoch abhängt, ob sich das für eine professionelle Hilfe unabdingbare *Vertrauen* zwischen Sozialarbeiter und Klient aufbauen kann oder nicht. Verfolgt man die aktuellen Diskussionen über den Zustand der Profession, dann ist es jedoch genau diese Ressource *Zeit*, an der es in der Praxis an allen Ecken und Enden fehlt. Die Verknappung der Zeit, schreibt Mechthild Seithe, macht Soziale Arbeit vielleicht billiger, aber nicht besser. „Weniger Personal soll nun die gleiche Arbeit leisten oder aber ein unverändertes Team wird mit mehr Arbeit als bisher oder auch mit schwierigerer Arbeit konfrontiert. Beides ist Alltag in der heutigen Praxis Sozialer Ar-

beit“ (aaO. S.119). Aus meiner Sicht ist dies ein erster zentraler Punkt, den die Soziale Arbeit in ihrem Kampf für mehr gesellschaftliche Unterstützung argumentativ genauer zu unterlegen hätte, und zwar indem sie nachweist, dass der durch Ökonomisierung erhoffte Gewinn an Quantität früher oder später in einen Verlust an Qualität umschlägt. Ich bin sicher, dass sich ein solcher Nachweis heute in allen Handlungsfeldern der Jugendhilfe und Jugendarbeit ohne größere Schwierigkeiten führen läßt.

Doch auch heute, da diest diese mit der Ökonomisierung der Sozialarbeit zusammenhängende Verknappung von Zeit und Beschleunigung ihrer Arbeitsvollzüge (Rosa 2005) nicht nur für sich genommen ein Problem, sondern zugleich Teil eines umfassenderen Vorgangs: Sämtliche Konzepte, die ich eben als Säulen einer „lebensweltorientierten“ Sozialen Arbeit bezeichnet habe, erfahren mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Polarisierung und Entsolidarisierung eine schleichende Veränderung, durch die sich ihre Bedeutung verschiebt und nicht selten ins pure Gegenteil verkehrt. Aus frühzeitiger Aufmerksamkeit für Problemlagen wird kontrollierendes screening; empowerment schrumpft zusammen auf employability, Gemeinwesenarbeit auf Quartiersmanagement; die Idee der persönlichen Aktivierung schließlich, die eigentlich schon seit langem zum methodischen Kernbestand Sozialer Arbeit gehört, gerinnt zu Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Der Begriff Aktivierung, auf den das verführerische Doppelpack einer marktgängigen Sozialarbeit - Fordern und Fördern - bezogen ist, erhält den Beigeschmack von Drohung: Wir werden Dir helfen, anders gesagt: Wir machen Dir Beine.

In all diesen Beispielen vollzieht sich so etwas wie eine semantische Untertunnelung, eine Art feindliche Übernahme. Das ursprüngliche Konzept einer lebensweltlichen, auf Partizipation gerichteten Sozialen Arbeit erscheint wieder in einem von Grund auf veränderten, neosozialen Kontext – sozusagen in Einzelteile zerlegt, modularisiert und mit einer völlig veränderten gesellschaftlichen Stoßrichtung versehen. Dabei ist der Gestaltwandel von außen zunächst einmal kaum zu erkennen. Die Fassaden stehen noch, aber das Gebäude wurde längst entkernt, um noch ein anderes Bild zur Beschreibung des Vorgangs heranzuziehen, das ich vor einiger Zeit in einem Beitrag von Hans Thiersch gefunden habe. Vor allem am Beispiel des Präventionsgedankens, der im Gebäude moderner Sozialpädagogik ja so etwas wie der Schlußstein sein sollte, läßt sich dieser Prozess der Entkernung lebensweltlicher Theorie- und Praxiskonzepte verdeutlichen. Ich möchte dieses Beispiel im Folgenden noch etwas genauer unter die Lupe nehmen, weil es die Logik einer Entwicklung aufzeigt, die den gesellschaftli-

chen Rückhalt der Sozialen Arbeit quer durch die unterschiedlichen Handlungsfelder hindurch schon bis heute empfindlich geschwächt hat.

Prävention, das stand zunächst einmal für den Anspruch einer sozialpolitisch verpflichteten Sozialen Arbeit, wie Generationen von Studierenden ihn in Seminaren über Beratung, Gemeinwesenarbeit oder sozialpädagogische Familienhilfe kennen gelernt haben: nicht nur auf Störungen reagieren, sondern Infrastrukturen von Hilfe und Selbsthilfe entwickeln; junge Menschen stark machen für die Bewältigung von Krisen; das Soziale gestalten (Jugendhilfetag Hamburg 1992). Prävention also nicht nur in der Einführung von *Kriminal-*, *Sucht-* oder *Gewaltprävention*, sondern als Ausdruck eines zivilgesellschaftlichen Selbstbewusstseins: Wir können etwas tun (yes, we can); Hilfe zur Selbsthilfe.

Doch wissen wir alle, dass sich in den beiden letzten Jahrzehnten ein ganz anderer Präventionsdiskurs durchgesetzt hat, bei dessen Entstehung vor allem die Kriminalpolitik eine Vorreiterrolle spielte. Einige Aspekte dieser nicht zufällig mit Anglizismen gespickten Diskussion habe ich schon genannt, weitere kommen hinzu: Strafverschärfung, zero tolerance, being tough on crime, short sharp shock, selective incapacitation (also frühzeitiges Unschädlichmachen, aus-dem-Verkehr-ziehen), Isolation störender Elemente. Normabweichungen werden in dieser Präventionslogik nicht mehr als Ausdruck eines tiefer liegenden persönlichen oder gesellschaftlichen Problems gesehen, mit dem sich etwa die Soziale Arbeit zu befassen hätte, sondern in erster Linie als Sicherheitsproblem. Auch die Durchsetzung räumlicher Überwachungspraktiken, die vor noch nicht allzu langer Zeit als Ausbund Orwellscher Phantasien empfunden worden wären, gehören in diesen Zusammenhang. Und auch Sarkozy sprach von Prävention, als er vor einiger Zeit damit drohte, den mob der Vorstädte mit dem Hochdruckreiniger zu entsorgen.

Entscheidend ist also: Nach Prävention wird heute vorwiegend dort verlangt (und im Blick auf unser heutiges Thema zugespitzt: sie erfährt nur noch dort gesellschaftlichen Rückhalt), wo es um die frühzeitige Entdeckung und Eindämmung von Risikozonen geht. Gespeist aus einer wachsenden Angst vor Unsicherheit, deren Spiegelbild die stets aktivierbare Kriminalitätsangst der Bevölkerung ist (nicht nur in Deutschland), liegt das Hauptanliegen dieser Auffassung von Prävention nicht mehr im sozialisierenden Umgang mit Personen, sondern in der Überwachung von Räumen. Ihr Interesse konzentriert sich auf die „Bereinigung des Vorfelds“, aus dem sich *möglicherweise* einmal abweichendes Verhalten oder soziale Brennpunk-

te entwickeln könnten. Kurz, der Präventionsgedanke verlagert sich Schritt für Schritt von der Ebene der Sozialintegration auf die Ebene der Sicherheitstechnik – wo er von einem expansiven Markt von Wach- und Kontrolldiensten aller Art bereits dankbar erwartet wird. Kritische Kriminologen haben diesen Trend als Kommodifizierung von Sicherheit bezeichnet. Sicherheit, ein existentielles menschliches Bedürfnis, wird zur Ware (commodity), kann als solche mit Gewinn vermarktet und zum Statussymbol werden, mit dessen Hilfe Gewinner sich räumlich, sozial und kulturell von Verlierern abgrenzen können. An der international zunehmenden Tendenz zur Herausbildung sogenannter gated communities lässt sich diese „neue“ Präventionslogik heute besonders deutlich beobachten. Die Crux an der Sache ist lediglich: Was wir auf der einen Seite an Sicherheitsräumen gewinnen, muss auf der anderen mit der Ausbreitung von Angsträumen bezahlt werden (Kessl/Reutlinger 2007).

Wir sehen also: Die zentralen Handlungskonzepte Sozialer Arbeit sind selbst klärungsbedürftig geworden. Folglich müssen sie auch nach außen neu *erklärt* werden. Prävention, so zeigt die Gegenüberstellung, bedeutet unter sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen etwas substantiell anderes als unter den Bedingungen einer Sicherheitsgesellschaft, wie sie gegenwärtig in globalem Maßstab Gestalt annimmt. Ähnliches gilt, wie schon erwähnt, auch für die anderen Kernkonzepte des sozialstaatlichen Verständnisses von Sozialer Arbeit und Jugendhilfe: Partizipation, Dienstleistung, Aktivierung. In ihrem Buch über die Sicherheitsgesellschaft formulieren Tobias Singelstein und Peer Stolle eine These zum Funktionswandel sozialer Kontrolle, die sich zugleich als Kommentar zu der Frage lesen lässt, welches Verständnis von Sozialer Arbeit im gegenwärtigen neoliberalen Kontext auf gesellschaftlichen Rückhalt zählen kann. Im heutigen gesellschaftlichen Klima, so schreiben sie, wächst das Bedürfnis, sich gegen die Unangepassten abzusichern.

„Infolgedessen zielt die soziale Kontrolle nicht mehr auf den hilfsbedürftigen, behandelbaren und resozialisierungsfähigen Bürger ab, sondern im Mittelpunkt steht der „gefährliche Andere“, der als „Feind der Gesellschaft“ angesehen wird, vor dem man sich schützen muss“ (Singelstein/Stolle 2008, S.35)

Zusammenfassend: Im ersten Teil ging es mir darum, die Frage nach dem gesellschaftlichen Rückhalt Sozialer Arbeit zunächst einmal in einer grundsätzlichen Perspektive zu erörtern. Ich denke, zwei weitere Einsichten bzw. Thesen lassen sich nach dem Gesagten formulieren:

- Jugendhilfe, Soziale Arbeit insgesamt darf die zunehmende Vereinnahmung bzw. Umdeutung ihrer Konzepte und Methoden nicht länger widerspruchslos hinnehmen, sondern muss den Schwindel aufdecken. Im Sinne des Tagungsthemas wäre dies zumindest *eine* Strategie für eine offensive(re) Jugendhilfe. Vielleicht hat sie auch einfach zu lange darauf vertraut,

dass ihre vielen fachlichen „Orientierungen“ es schon irgendwie richten werden, wenn man sie nur wie ein Mantra oft genug wiederholt.

- Sie muss erklären, dass der Kampf um finanzielle Ressourcen kein *Selbstzweck* ist (nach dem Motto: es geht euch doch nur um eure Stellen), sondern für eine auf gesellschaftliche Integration ausgerichtete, menschenwürdige Praxis Sozialer Arbeit unverzichtbar ist. Das heißt, sie muss deutlich machen, *warum* sich zentrale Bereiche ihrer Arbeit nicht einfach in eine marktgängige Logik überführen lassen. Dazu ein letztes Mal das Schwarzbuch von Mechthild Seithe: „Eine an sozialer Gerechtigkeit interessierte Gesellschaft muss bestimmte Bereiche aus dem Marktgeschehen heraushalten und jenseits des Marktes stützen, sonst verkauft sie ihre Menschen an ein System, dem Supergewinne wichtiger sind als das Wohl der Schutzbefohlenen und die Menschenrechte“ (aaO. S.247).

## **2. Haushaltskürzungen in Sachsen: Stellungnahmen und Kritik**

Wie angekündigt, möchte ich im zweiten Teil nun noch einmal auf den aktuellen Ausgangspunkt der heutigen Tagung zurückkommen. Einige der Risiken, mit denen die aktuellen Haushaltskürzungen die sächsische Jugendhilfe konfrontieren, werden im Tagungsflyer ja bereits benannt: Gefährdung der inhaltlichen Arbeit vor allem im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit; dadurch bedingt ein Druck zum „Rückzug von der Straße“, weil eine flächendeckende professionelle Infrastruktur in der Jugendarbeit vor allem in ländlichen Räumen unter diesen Bedingungen nicht mehr zu gewährleisten ist. Übrigens wurde dies vor geraumer Zeit auch im zweiten Sächsischen Jugendbericht schon als Problem beschrieben und schlägt heute insbesondere dort zu Buche, wo von der Jugendarbeit eine tragende Rolle in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gruppierungen erwartet wird (ich komme darauf noch einmal zurück).

Die Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen spricht in ihrer Stellungnahme zu den Kürzungen von einem drastischen Kahlschlag im Sozialen Bereich insgesamt. Sie beklagt, damit werde eine lange gewachsene Partnerschaft aufgekündigt, und dadurch wegbrechende Strukturen seien nur unter größtem Aufwand wieder herzustellen. Und noch zwei weitere Probleme werden in dieser Stellungnahme benannt: Zum einen die fortschreitende Ausdünnung von Angeboten mit „nur“ präventivem Charakter (dazu habe ich eben ja schon einiges gesagt), zum anderen die Gefahr eines Kahlschlags, durch den immer

mehr Handlungsfelder in ihrer personellen und fachlichen Grundausstattung auf das Niveau einer Minimalversorgung zurückgefahren werden.

Einen weiteren wichtigen Akzent setzt die Naunhofer Erklärung des sächsischen Kinder- und Jugendrings, wenn dort auf die „strukturellen Nachteile der Jugendarbeit im Vergleich zu Schule oder Kita“ hingewiesen wird. Wie sich unschwer erkennen lässt, kann man die viel beschworene Kooperation schulischer und außerschulischer Bildungsträger „auf Augenhöhe“ schlicht und einfach vergessen, wenn die tatsächliche Position der Jugendarbeit strukturell noch weiter geschwächt wird (wie sich das ja auch im bundesweiten Trend abzeichnet). Sie ist dann nichts weiter als ein bisschen Zukunftsmusik für Feierstunden. Und noch zwei weitere Punkte, die in der Naunhofer Erklärung zu Recht angemahnt werden, möchte ich hier aufgreifen: Zum einen die geringe Achtung, die sozialpädagogischen Fachkräften heute vielfach entgegenbracht wird; zum anderen die Gefahr einer Aufspaltung sozialer Berufe sozusagen nach aktueller Diskussions- und Kassenlage: Geld wird dorthin geleitet, wo die Probleme sich besonders auffällig darstellen bzw. wo ihre mediale Aufbereitung besonderen Handlungsbedarf suggeriert. Alle anderen Bereiche treten dadurch zunächst einmal in den Hintergrund, auch wenn dies dem im KJHG formulierten Prinzip einer gleichberechtigten Kooperation unterschiedlicher Partner letztlich zuwider läuft. Auch die beiden letztgenannten Probleme sind aus meiner Sicht Ansatzpunkte für eine Strategie *offensiver* Jugendhilfe. In der Naunhofer Erklärung heißt es:

„Drohende Demotivation und Resignation der Fachkräfte sind die Folgen einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen/ -vergütung, von befristeten Verträgen und der um sich greifenden Projekteritis, aber auch der Nichtachtung ihrer Arbeit bei gleichzeitigem Anstieg der Anforderungen an ihre Bildungs- und Leistungsbereitschaft“.

„Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte in vermeintliche Zukunftsbereiche (z.B. Kita) oder komplette berufliche Neuorientierung forciert das Ausbluten einer Berufsgruppe, das einhergeht mit Fachkräftemangel und Qualitätsverlust“ (Kinder- und Jugendring Sachsen 2010: Naunhofer Erklärung, S.2).

Ähnliche Wahrnehmungen, wie sie in den eben zitierten Stellungnahmen zum Ausdruck kommen, wurden auch in zwei Untersuchungen immer wieder geäußert, in denen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe nach ihren pädagogischen Erfahrungen mit Jugendlichen befragt haben. Einige dieser Aussagen möchte ich zitieren, weil sie sich direkt oder indirekt auf die Erfahrung mangelnden Anerkennung beziehen. Auch in der folgenden Äußerung einer Mitarbeiterin aus dem Bereich der Jugendarbeit geht es um Fragen von Motivation und Qualität:

„Beziehungsarbeit ist nicht abrechenbar und dann wissen Sie immer noch nicht, ob es so tragfähig ist, dass sich darauf bestimmte Angebote aufbauen lassen. Das ist auch etwas, was Teams sehr belastet. Es ist frustrierend und es ist schwer zu greifen. Deshalb machen viele Teams gerade eine Hängepartie durch, weil sie sich in der Verantwortung sehen, aber (...) gar nicht wirklich agieren können“ (v. Wolfersdorff u.a. 2007, S.61).

Sowohl von den befragten Erziehungsberatungsstellen und Heimen als auch von den ASD wurde in unserer Befragung wiederholt der starke Druck thematisiert, der von außen – Schule, Eltern, teilweise auch vom Jugendamt als Kostenträger – ausgeübt wird, wenn es zum Beispiel um die Erwartung geht, dass schon nach kürzester Zeit pädagogische Erfolge dokumentiert werden sollen.

„Und ganz am Ende, wo alles hingeschoben wird, ist die Jugendhilfe. Wir müssen uns mehr abgrenzen und da brauchen wir Unterstützung“.

In dieselbe Richtung gehen verschiedene Äußerungen, die die Notwendigkeit einer stärkeren „Lobby-Arbeit“ betonen. Dazu ein Mitarbeiter eines Kinder- und Jugendzentrums:

„Die Lobbyarbeit kommt völlig zu kurz, weil man mit Arbeit zugeschüttet ist... Lobbyarbeit für die offene Kinder- und Jugendarbeit! Die wissen doch gar nicht, was wir machen, was offene Jugendarbeit ausmacht, wo unsere Ansätze sind. Die Gesellschaft ist viel zu wenig informiert, um das Potential darin zu erkennen... (Es geht auch um die) Anerkennung. Die Arbeit, die geleistet wird, wird nicht *gesehen*. Viele haben Erwartungen, die *so* nicht zu erfüllen sind“ (aaO. S.140f).

Eine Mitarbeiterin aus dem Bereich Hilfen zur Erziehung äußert sich kritisch über die Verringerung des Betreuerschlüssels, der ihrer Meinung nach den qualitativen Standard pädagogischer Arbeit gefährdet. Dies sei aber nicht nur eine jugendhilfe-interne Angelegenheit, sondern ein gesellschaftliches Problem, das die Jugendhilfe nach außen hin offensiv deutlich machen sollte:

„(Man muss) ganz oben ansetzen. Ich würde mir wünschen, dass der Stellenwert der Jugendhilfe und der Heimerziehung wieder ein Stück aufgewertet wird. Dass es nicht mehr so totgeschwiegen wird, so (nach dem Motto) ´das gibt es eigentlich fast gar nicht´. Wir sind ja eigentlich sehr wichtig in der Gesellschaft hier; wir sind ja jemand, der Kinder und Jugendliche auffängt. (Es kann nicht sein, dass immer) so lange gewartet wird, bis wieder Geld da ist, um zeitig genug etwas zu machen“.

### **3. Mehr Rückhalt für die Jugendhilfe: Ein exemplarischer Durchgang**

Im dritten und letzten Teil meines Vortrags beziehe ich mich nun auf eine Reihe von Handlungsfeldern und Kooperationsaufgaben, in denen ein stärkerer gesellschaftlicher und politischer Rückhalt für die Kinder- und Jugendhilfe heute besonders dringlich erscheint. Selbstverständlich kann dies in der kurzen Zeit nur ein exemplarischer Durchgang sein. Ich greife vier Bereiche heraus: Jugendhilfe und Schule (Schulsozialarbeit); Jugendarbeit; Kinder- und

Jugendschutz; Hilfen zur Erziehung – und orientiere mich vor allem an den abschließenden Problembeschreibungen und Empfehlungen des dritten Sächsischen Kinder- und Jugendberichts.

### **Jugendhilfe und Schule**

Positiv lässt sich sagen: Das Verhältnis von Jugendhilfe und Schule gerät in Bewegung. Verglichen mit den ca.50 Schulen mit Schulsozialarbeit, die wir vor acht Jahren im 2. KJB registrierten, gibt es heute immerhin fast 100 Schulen mit entsprechenden Ansätzen – wenn auch immer noch fast ausschließlich im Bereich der Mittel- und Förderschulen. Richtig ist auch, dass es inzwischen eine ganze Reihe guter Handbücher mit ausführlichen Beschreibungen und Erfahrungsberichten über die unterschiedlichen methodischen Ansätze der SSA gibt – an Literatur zu diesem Thema, so scheint mir, mangelt es nicht. Trotzdem ist zu fragen, ob das Glas halb voll oder halb leer ist.

- Von einer Kooperation „auf Augenhöhe“, wie sie so gern beschworen wird, sind wir noch immer weit entfernt, von einem flächendeckenden Ausbau ganz zu schweigen.
- Was gute Schulsozialarbeit im Einzelnen ausmacht (personelle Ausstattung, Methoden, Finanzierung, Einbettung in die Schulstruktur etc.), ist weitgehend offen, zum Teil beliebig (Seite aaO. S114f).

Das sieht auch der vorliegende 3. Sächsische Kinder- und Jugendbericht so. Der beschleunigte Ausbau der Schulsozialarbeit gehört zu den Bereichen, denen die Berichtskommission in ihren abschließenden Empfehlungen einen besonderen Entwicklungsbedarf attestiert. Jugendhilfe und Schule stehen „vor der Aufgabe, Schulsozialarbeit nicht als *Feuerwehr* in sozialen Brennpunkten, sondern als notwendiges Qualitätsmerkmal von Schulen in Sachsen zu verstehen und zu verwirklichen“ (SMS 2009, S.136). Dazu bedürfe es allerdings „eine stärkeren politischen Willens“ als in der Vergangenheit (aaO. S.145). Nur in einer „gleichberechtigten Zusammenarbeit“ zwischen Jugendhilfe und Schule, so die Kommission weiter, wird sich hier auf längere Sicht ein starkes Feld der Kooperation und Prävention entwickeln können (aaO. S.145 und S.147f; übrigens: Dies ist eines von diesen *déjà-vus*, die ich am Anfang erwähnt habe, denn so ähnlich hatten wir es damals auch schon gesagt).

Alles in allem: Was heißt in diesem Kontext heute gesellschaftlicher Rückhalt? Ein konkreter und aus meiner Sicht überfälliger Ansatz dazu wäre die Realisierung eines Förderprogramms zur SSA, wie sie der Bericht empfiehlt (aaO. S.146). Ich würde hinzufügen: Auch mehr solide Begleitforschung täte in diesem Bereich Not.

## **Jugendarbeit**

Die große Bedeutung der Jugendarbeit zur Realisierung außerschulischer Bildung sowie kultureller und politischer Arbeit (z.B. gegen rechts) gehört zu den Dingen, die immer wieder gern beschworen und blumig ausgemalt werden. In den letzten Jahren gehörte sie aber, wie schon erwähnt, eher zu den Verlierern der strukturellen Entwicklung. Auch dazu noch einmal ein Blick auf den Jugendbericht, der die Ergebnisse zu diesem Punkt wie folgt zusammenfasst:

- Demographische Entwicklungen und die schwierige Haushaltslage der Kommunen „haben den politischen (Legitimations)Druck auf das Handlungsfeld deutlich erhöht. Kinder- und Jugendarbeit, so scheint es, ist ein offensichtlich im Rahmen der Bildungsdebatte in Vergessenheit geratenes Handlungsfeld“ (3. Sächsischer KJB, S.118 unter Bezugnahme auf eine Expertise von Jens Pothmann).
- Gefährdet wird dadurch nicht zuletzt ihre Funktion zur Begleitung von *Übergängen* zwischen Kindertagesstätten, Schule, Arbeit und den einzelnen Bereichen der Hilfen zur Erziehung, von denen in letzter Zeit so ausgiebig die Rede war.

Auf die Frage, *warum* die Politik die Kinder- und Jugendarbeit trotz anderslautender Rhetorik eigentlich so vernachlässigt, gibt Werner Lindner in seinem Beitrag über 20 Jahre KJHG die trockene Antwort: Weil sie es kann. Seine Schlussfolgerung daher: Mehr Widerstand gegen die Politik „nach Gutsherrenart“ (Kürzen, Schließen Entlassen, Pseudo-Innovationen...), Rechtsansprüche klären... (Lindner 2010, S.15).

## **Kinder- und Jugendschutz**

In Bezug auf den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz stellt die Kommission fest, seine Arbeit sei „nicht ausreichend gesichert“ und erscheine gegenwärtig eher wie ein „politisches Feigenblatt“. Auch hier also wieder die Frage, was mehr gesellschaftlicher Rückhalt in diesem Kontext konkret bedeuten müsste: Sowohl für die Jugendarbeit als auch für den Jugendschutz fordert der Bericht neben einer verlässlichen Infrastruktur eine stärkere Akzentuierung ihres Bildungsauftrags (aaO. S.144 ff), aber auch eine systematischere Kooperation mit Schulen, mit der Familienbildung, dem Gesundheitswesen und weiteren Akteuren. Er hebt aber auch hervor, was sie selbst dazu beitragen müsste – und auch das möchte ich im Sinne einer weiteren These unterstreichen: Sie sollt ihr konzeptionelles Profil schärfen; zum Beispiel der Öffentlichkeit deutlich machen, inwiefern auch sie in der Arbeit mit Jugendlichen etwa mit *Bildung* zu tun hat; sich mehr um die Partizipation Jugendlicher im Gemeinwesen kümmern; ihre Argumentation stärker wissenschaftlich absichern – etwa durch eine neue Landjugendstudie, wie die Kommission empfiehlt (aaO. S.144f).

Weiterhin hebt die Kommission hervor, der Kinder- und Jugendschutz müsse künftig aus seiner „strukturellen Diffusität“ herausgehoben und „als eigenständige Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe“ auch politisch stärker profiliert werden (aaO. S.146f). Dass es hier nicht nur um Rhetorik geht, wird schlagartig klar, wenn wir an die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Gruppierungen denken. Wie wir wissen, klaffen die konkreten Arbeitsbedingungen von Jugendarbeit bzw. Jugendschutz und die technischen Möglichkeiten zur Verbreitung rechten Gedankenguts weit auseinander. Was das bedeutet, macht das folgende Beispiel klar.

Unter der Überschrift: „Rechte Gefahr im Internet“ berichtete die Süddeutsche Zeitung vor wenigen Wochen, am 25.8.2010, über die dramatische Zunahme extremistischer Webseiten:

„Der User, der sich „Deutschlandfunk1“ nennt, mag die Prélude in a-moll von Johann Sebastian Bach. Er hat sie ins Videoportal YouTube gestellt. Was er dort sonst noch hochgeladen hat, ist deutlich weniger harmlos. Es sind rassistische und antisemitische Lieder der rechtsextremen Hassband „Zillertaler Türkenjäger“, darunter solche, deren öffentliche Verbreitung die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften längst verboten hat... Immer stärker nutzen Rechtsextremisten alle Möglichkeiten des Internets, um ihre Propaganda zu verbreiten. 1872 rechtsextreme websites zählte die Zentralstelle der Länder für Jugendschutz im vergangenen Jahr, so viele wie nie zuvor...Allein 93 Netz-Communities von Neonazis verzeichnen die Jugendschützer in ihrem Jahresbericht, dreimal so viele wie ein Jahr zuvor. Vor allem rechte Kameradschaften und autonome Nationalisten zielen mit Blogs, Onlineradios und rasant geschnittenen Videos überall im Netz auf ein jugendliches Publikum“.

Am Ende des Beitrags zitiert die SZ den Appell eines Jugendschutz-Experten, Rechtsextremismus im Netz lasse sich nur gemeinsam bekämpfen. „Jeder ist aufgerufen, aktiv gegen solche Inhalte einzuschreiten und sie zu melden“. Kürzer könnte man wohl kaum zum Ausdruck bringen, dass die Jugendhilfe in ihrer Auseinandersetzung mit den rechtsradikalen Entwicklungen in diesem Land sehr viel mehr gesellschaftlichen und politischen Rückhalt braucht als bisher.

### **Hilfen zur Erziehung: Das Beispiel „komplexer Hilfebedarf“**

Es geht mir mit diesem Beispiel nicht um die diffuse Klage, dass die Kinder und Jugendlichen irgendwie „immer schwieriger“ werden, sondern um Aufmerksamkeit für ein strukturelles Problem, bei dem Jugendhilfe, Schule und Jugendpsychiatrie künftig verstärkt kooperieren müssen. In beiden Projekten, die wir während der letzten Jahre zu diesem Thema in Leipzig durchgeführt haben, berichteten uns sowohl Sozialpädagogen und Erzieherinnen als auch Lehrerinnen immer wieder von den wachsenden Schwierigkeiten im Umgang mit komplizierten Problemkonstellationen, die sie allein nicht bewältigen können. Ich kann und will hier

mich hier nicht beim Begriff „komplexer Hilfebedarf“ aufhalten. Sondern ich möchte zeigen, dass wir es in der Praxis hier vermutlich auf längere Sicht mit einem Problem zu tun haben werden, das nach fachlichen Ressourcen, abgestimmten Strategien und früher Aufmerksamkeit – kurz: nach wechselseitiger Unterstützung und gesellschaftlichem Rückhalt verlangt. Ich greife einige Passagen aus Interviews mit Lehrerinnen und Schulsozialarbeiterinnen heraus, in denen die Dringlichkeit dieses Problems deutlich wird.

Eine Lehrerin beschreibt, dass der Hilfebedarf besonders in den unteren Schulkassen zunimmt und spricht von einer wachsenden Anzahl von Einzelfällen, „wo einfach eine ganz intensive Einzelbetreuung rein muss in die Familien. Es gibt eine Zunahme bei den kleineren Kindern, eigentlich in einem wahnsinnig großen Ausmaß..., also zum Beispiel sexueller Missbrauch..., dann Vernachlässigung, wo also die Versorgung nicht mehr gewährleistet wird von den Eltern. Emotionale Vernachlässigung. Also es geht wirklich alles in Richtung Kindeswohlgefährdung“.

Eine andere Lehrerin: „Es werden immer mehr Kinder, die schon mit erheblichen psychischen Problemen bei uns ankommen. Wo ich wirklich sage, dort sind meine pädagogischen Maßnahmen einfach begrenzt, da komme ich nicht weiter, dort bin ich als Schule ein Teil, aber nur ein ganz geringer Teil... Es werden deutlich mehr Kinder, die wirklich auch psychologische und psychiatrische Auffälligkeiten haben.“

Eine Schulsozialarbeiterin ergänzt: „Es kommen immer mehr Kinder mit unsicherer Bindung. Das zieht sich als Faden von frühester Kindheit durch, dass sie gelernt haben: Bindungen sind nicht sicher,... und sie können sich schwer auf Erwachsene einlassen. Ich sehe das auch in einer politischen Richtung. Ich glaube, dass wir generell mit schwierigen, komplexen Fällen von Familien zu tun haben. Und es muss auch irgendwie politisch transparent gemacht werden, dass es so ist“.

Der letzte Satz wäre im Sinne unseres Themas fast schon ein Schlusswort. Ich erlaube mir aber, noch eine Passage aus der Zusammenfassung unseres Berichts anzufügen, die auf das vielleicht meistzitierte Kunstwort unserer Profession Bezug nimmt: Kooperation. Wir alle kennen dies aus den unterschiedlichsten Praxisfeldern: Wo die Sache selbst keine Unterstützung mehr erfährt, ertönt der Ruf nach mehr Kooperation. Die daraus resultierende Kooperationsrhetorik ist vielleicht die wirksamste der vielen Nebelkerzen, die den Blick auf die Wirklichkeit behindern – mit dem Ergebnis, dass wir es auf dem Papier mit einer unglaublich vernetzten Struktur zu tun haben, in der jeder jeden jederzeit unterstützt und der wechselseitige Rückhalt schier grenzenlos ist.

„Die systematische Weiterentwicklung bestehender Kooperationsstrukturen im Schnittbereich von Jugendhilfe, Psychiatrie und Schule kann sicherlich einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung fachlicher Standards im Umgang mit einer besonders belasteten Klientel leisten. Dies ändert aber nichts an der Notwendigkeit, die beteiligten Institutionen *selbst* für die Wahrneh-

mung ihrer Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsaufgaben personell und finanziell ausreichend auszustatten. Denn nur unter dieser Voraussetzung wird sich ein Zustand erreichen lassen, in dem *Kooperation* nicht immer nur das gemeinsame Bewältigen struktureller Defizite, sondern einen realen Zugewinn an Synergien für alle Beteiligten bedeutet“ (v.Wolffersdorff u.a. 2009, S.121).

## **Literatur:**

Böhnisch, L.: Soziale Arbeit im Sog der Globalisierung, in: Busse, S./Ehlert, G.: Soziale Arbeit und Region – Lebenslagen, Institutionen, Professionalität; Berlin 2009, S.32-41

Bueb, B.: Lob der Disziplin. Eine Streitschrift, Berlin 2006

Heisig, K.: Das Ende der Geduld. Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter, Freiburg 2010

Lindner, W.: Status quo vadis? 20 Jahre Kinder- und Jugendpolitik und Kinder- und Jugendarbeit in den ostdeutschen Bundesländern; in: corax 4/2010, S.14f.

Kessl, F./Reutlinger, C.: Sozialraum. Eine Einführung, Wiesbaden 2007

Kinder- und Jugendring Sachsen: Naunhofer Erklärung, 2010

Lutz, R.: Innovationen und Transformationen – Reflexionen zur Straßensozialarbeit, in: Neue Praxis 2/2008, S.146-165

Rosa, H.: Beschleunigung, Frankfurt 2005

Seithe, M.: Schwarzbuch Soziale Arbeit, Wiesbaden 2010

Singelstein, P./Stolle, P.: Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2008

Staatsministerium für Soziales Sachsen (Hrsg.): Zweiter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht; Dresden 2003; dass.: Dritter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht; Dresden 2009

v.Wolffersdorff u.a.: Der Wind ist rauer – Kinder und Jugendliche in komplexen Problemsituationen. Abschlussbericht zum Landesmodellprojekt, Chemnitz 2007

v.Wolffersdorff u.a.: Komplexer Hilfebedarf – Perspektiven der Kooperation von Jugendhilfe, Psychiatrie und Schule; Abschlussbericht zum Landesmodellprojekt; Stadt Leipzig in Zusammenarbeit mit der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität, Leipzig 2009

v.Wolffersdorff, C.: Soziale Arbeit und gesellschaftliche Polarisierung – eine sozialräumliche Betrachtung, in: Busse, S./Ehlert, G.: Soziale Arbeit und Region – Lebenslagen, Institutionen, Professionalität; Berlin 2009, S.42-59